**Sachanalyse zum SPTh II 2023: West- und Osteuropa nach 1945: Wege in die postindustrielle Zivilgesellschaft.**

**Übergeordnete Kompetenz: Die Schülerinnen und Schüler können Chancen und Probleme bei der Herausbildung einer postindustriellen Zivilgesellschaft in West- und Osteuropa nach 1945 analysieren**

**Thesen:**

- politische Geschichte nicht so stark im Zentrum wie bisher, stattdessen wirtschaftliche Veränderungen sowie die Rolle der Zivilgesellschaft und ihre Protestkultur gleichgewichtig (Hartmut Kälble, S. 9)

- deutsch-deutsche Geschichte als „Parallel-, Kontrast-, Vergleichs-, Perzeptions- und Beziehungsgeschichte“ (Petra Weber, S. 15)

- Systemvergleich und Blockintegration

- Elemente eines gemeinsamen Erfahrungsraumes der deutsch-deutschen Geschichte / fortdauernde Aktualität der „asymmetrisch verflochtenen Parallelgeschichte“ (Christoph Kleßmann)

- „Protestgeschichte“ (Philipp Gassert) als Ausdruck der Gestaltbarkeit von Politik und Gesellschaft bzw. Wandlungsversuche und ihre jeweiligen Trägergruppen nach 1945 untersuchen (Zivilgesellschaft / Perspektive „von unten“ vs. staatliche Veränderung / Perspektive „von oben“)

- zentrale Bedeutung ökonomischer Rahmenbedingungen für die Kulturrevolution der 60er-Jahre, die erst im Kontext der boomenden Konsumgüterindustrie die Freiräume erhielt, in denen Gegenkulturen sich in Mehrheitskulturen verwandeln konnten (Detlef Siegfried)

- "1968" eingebettet in eine längere, um 1958/59 beginnende und 1973/74 endende Transformationsphase, deren eigentliche Leistungen erst erkennbar werden, wenn man die politikgeschichtliche Verengung zugunsten einer Erweiterung des Blicks auf Phänomene des Wertewandels, der Kultur und der Lebenswelten überwindet

- Abkehr in der westeuropäischen Wirtschaftspolitik vom lange gültigen keynesianischen Konsens zu angebotsorientierter Wirtschaftspolitik (Friedrich Hayek, Milton Friedman), die mit einer Deregulierung und Privatisierung verbunden war

- in den 1970er-Jahren Ende der Phase des uneingeschränkten Wirtschaftswachstums („Club of Rome“: „Grenzen des Wachstums“; Anselm Doering-Manteuffel: „Nach dem Boom“; Jürgen Habermas, 1985: „neue Unübersichtlichkeit“) und Beginn der „Herausbildung des digitalen Finanzmarkt-Kapitalismus“ (Doering-Manteuffel, Raphael, S. 8)

- Kombination von wachsenden Wirtschafts- und Versorgungsproblemen einerseits und Liberalisierungstendenzen führte in den Ostblock-Staaten - wenngleich in unterschiedlichen Geschwindigkeiten - in den 1980er-Jahren von Polen ausgehend über Ungarn, die Sowjetunion, die CSSR und die DDR bis nach Rumänien zum Zusammenbruch der alleinherrschenden kommunistischen Parteien und damit zum Zusammenbruch des Ostblocks

- Kollaps des Kommunismus als gesamtosteuropäischer Prozess, der den Eisernen Vorhang überwand und Ostmitteleuropa wieder in den westlichen Integrationsprozess einbezog

- der Schlüsselbegriff, der im Oppositionsdenken der 1980er-Jahre eine zentrale Rolle spielte, war die Idee einer „Zivilgesellschaft“ (Konrad H. Jarausch, Aufbruch, S. 25–46)

- die Rolle der politischen Repräsentanten wie Gorbatschow und Reagan wird überhöht (Detlev Preuße, S. 15), 1989 war eine „Bürgerrevolution“, die von den Mächtigen nur begleitet werden konnte und der sie mehr nachrannten, als steuernd einzugreifen (ders., S. 18)

|  |  |
| --- | --- |
| **Bildungsplan: Teilstandards und Begriffe** | **Inhaltliche Zusammenhänge**  **(grau hinterlegt sind nicht abiturrelevante Inhalte, die aber für den historischen Kontext relevant sind)** |
| **Der wirtschaftliche Aufschwung in West- und Osteuropa bis Anfang der 1970er-Jahre**  Boom  Soziale Marktwirtschaft  Zentralverwaltungswirtschaft  Sozialstaat  Versorgungsstaat  nivellierte Mittelstandsgesellschaft  Arbeiter-und-Bauernstaat  Konsumgesellschaft  Primat der Schwerindustrie  Keynesianismus  Fünf-Jahres-Plan  Vollbeschäftigung  Recht auf Arbeit | Die wirtschaftliche Entwicklung in Europa zwischen 1950 und 1970/73 wird auch als „**Boom**“ bezeichnet, die den Durchbruch zum Massenkonsum mit sich brachte. Stetes und beachtliches Wirtschaftswachstum kennzeichnete diese Epoche. In der Bundesrepublik Deutschland, in der v. a. der Auftakt dieses Booms als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet wird, wurde die **Soziale Marktwirtschaft** unter der Devise "Wohlstand für alle" eingeführt. Mit Hilfe des sozialen Wohnungsbaus wurde die kriegsbedingte große Wohnungsnot bekämpft. Eine Rentenreform begründete den „Generationenvertrag“ und die Mitbestimmungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer wurden ausgebaut. Diese und weitere Maßnahmen kennzeichnen die frühe Bundesrepublik als **Sozialstaat**. Konjunkturschwankungen und drohende negative Begleiterscheinungen wie Arbeitslosigkeit sollten durch eine staatliche Globalsteuerung im Sinne des **Keynesianismus** ausgeglichen werden. Für breite Schichten der Bevölkerung verbesserten sich die Lebensverhältnisse dank erheblicher Lohnzuwächse. Die Landwirtschaft steigerte zwar dank moderner Technik ihre Erträge, verlor aber zugleich volkswirtschaftlich an Bedeutung, die hier freigesetzten Arbeitskräfte wanderten häufig in die Industrie ab. Das enorme Wirtschaftswachstum der 1950er- und 1960er-Jahre führte zur **Vollbeschäftigung** und zugleich zu einer so gewaltigen Nachfrage nach Arbeitskräften, dass dieser Bedarf in der Bundesrepublik nicht mehr gedeckt werden konnte. Zunächst bot diese Situation Flüchtlingen aus der DDR besonders gut Integrationschancen in den Arbeitsmarkt. Der andauernde Verlust von vielen jungen, gut ausgebildeten Arbeitskräften bedeutete für die DDR einen schmerzlichen Verlust, der erst durch den Mauerbau 1961 beendet werden konnte. In der Bundesrepublik wurde der Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften bereits ab Mitte der 50er-Jahre auch durch das gezielte Anwerben von „Gastarbeitern“ aus Südeuropa zu decken versucht.  Das enorme Wirtschaftswachstum brachte auch einen gesellschaftlichen Wandel mit sich. Während Sozialprestige und Standesbewusstsein an Bedeutung einbüßten, wurden das Einkommen, der Bildungsgrad sowie die Lebensweise immer wichtiger. Da die Lebensverhältnisse vieler Bürger sich anglichen, sprach der Soziologe Helmut Schelsky von einer „**nivellierten Mittelstandsgesellschaft**“. Eine Bezeichnung, die allerdings von vielen angesichts weiterhin bestehender, empirisch belegbarer erheblicher Einkommensunterschiede auch sehr kritisch gesehen wurde. Die Erwerbsquote verheirateter Frauen stieg, wenngleich sie für geringeren Lohn arbeiteten und häufig der Doppelbelastung in Familie und Beruf ausgesetzt waren. Der wachsende Wohlstand führt zu einer **Konsumgesellschaft**, in der besonders elektrische Haushaltsgeräte begehrt waren und das eigene Auto zum Statussymbol wurde. Gesellschaftliche Rebellion gegen den „Wohlstandsmief" und den Lebensstil der Erwachsenen entstand in der Jugendkultur, die sich an amerikanischen Vorbildern orientierte: Coca-Cola, Jeans und Rock 'n' Roll wurden zum Ausdruck ihres Lebensgefühls.  In der späteren DDR war in der unmittelbaren Nachkriegszeit nach sowjetischem Vorbild eine ganz andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung etabliert worden. So verstand sich die DDR als **Arbeiter- und Bauernstaat**. Die als „überkommen“ bezeichneten Eigentumsverhältnisse wurden durch eine Bodenreform und durch Enteignungen von Produktionsbetrieben und Unternehmen vollkommen umgestaltet. Der Kollektivierungsprozess erfasste so neben Bauern und Gutsbesitzern auch das Wirtschafts- und Bildungsbürgertum. Eine **Zentralverwaltungswirtschaft** wurde eingeführt, die darauf ausgerichtet war, den Privatbesitz von Unternehmen zu unterbinden und die Produktion in großen Einheiten (Kombinate) zusammenzufassen. Der erste **Fünfjahrplan** für die Zeit von 1951 bis 1955 verdeutlichte den Weg dieser auch als „Planwirtschaft“ bezeichneten zentralen Festlegung der Produktion von Gütern, Dienstleistungen sowie von Investitionen, Preisen und Löhnen. Der Versuch der staatlichen Lenkung der Volkswirtschaft erwies sich jedoch häufig als ineffektiv und führte zu zahlreichen und vielfältigen Problemen. So war die DDR-Wirtschaft weit weniger effizient und produktiv als die Wirtschaft der BRD. Dennoch wurde auch in der DDR die am Ende des Krieges herrschende große Arbeitslosigkeit, die noch verschärft wurde durch einen starken Zustrom von als „Umsiedler" bezeichneten Vertriebenen, rasch überwunden und ebenfalls ein wirtschaftlicher „**Boom**“ bewirkt, wenn auch von deutlich geringerem Ausmaß als im Westen. Ähnlich wie in der Bundesrepublik war das hohe Wirtschaftswachstum nach Kriegsende maßgeblich eine Folge der gründlichen Ausschöpfung der vorhandenen industriellen Substanz, während Innovationen weitgehend unterblieben, denn wichtiger als die Qualität oder die Kostenfrage war für die Betriebe die Quantität der Planerfüllung. Das trotz allem beachtliche Wirtschaftswachstum war auch eine Folge des Versuchs der SED-Führung, eine schnelle Industrialisierung nach sowjetischem Vorbild umzusetzen. Mit diesem **Primat der Schwerindustrie** war eine Umstrukturierung der Wirtschaft zugunsten der Metallurgie und des Schwermaschinenbaus verbunden. Die sozialpolitischen Zwänge des Systems als **Versorgungsstaat**, der die Befriedigung der Grundbedürfnisse allen Bürgern zu niedrigen Preisen garantierte, führten zudem zu einer starken Abkopplung der Einkommensentwicklung von der Produktivität, die durch die Ausschaltung eines marktwirtschaftlichen Wettbewerbs deutlich geringer blieb als im Westen. Eine offene Arbeitslosigkeit war dem Zentralverwaltungssystem der DDR völlig fremd, denn es gab ein verbrieftes „**Recht auf Arbeit**", das aber zugleich auch als „Zwang zur Arbeit“ gedeutet werden konnte. |
| **Umgang mit Protest in West- und Osteuropa**  Aufstand des 17. Juni  Ungarnaufstand  „Republikflucht“  Mauerbau  Wiederbewaffnung  68er-Bewegung  Prager Frühling  Wertewandel | Die nach dem Zweiten Weltkrieg erreichte kommunistische Vorherrschaft in den ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten wurde von der Sowjetunion mit allen Mitteln gesichert. Dennoch kam es in regelmäßigen Abständen immer wieder zu Reformbestrebungen. Eine erste Zäsur in der Politik der Sowjetisierung stellte der Tod Stalins am 5. März 1953 dar. Die unter seinem Nachfolger Chruschtschow beginnende neue Ära, die nach einem gleichnamigen Roman des russischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg mit "Tauwetter" bezeichnet wurde, hatte eine „Entstalinisierung“ als Ziel. Bereits am 27. März 1953 wurden Amnestien erlassen, die das Lagersystem abschafften, und ca. 1,2 Millionen Gefangene aus den Lagern entlassen. Die Reformen entfalteten allerdings unerwartete Folgewirkungen und führten zu Reformbewegungen in den Ostblockstaaten.  Die erste größere Protestbewegung entwickelte sich 1953 in der DDR, wenngleich ohne Erfolg. Entgegen der Forderungen der neuen Moskauer Regierung, im Zeichen des „Tauwetters“ das Sozialisierungstempo zu drosseln, blieb die DDR-Führung unter Walter Ulbricht bei ihrem harten Kurs. Trotz der wirtschaftlich katastrophalen Lage wurden die Preise erhöht und eine Steigerung der Arbeitsnormen um mindestens zehn Prozent beschlossen. Zwar schwenkte nach ersten massiven Protesten das Politbüro der SED um und nahm die Preiserhöhungen zurück, senkte aber nicht die Arbeitsnormen. So kam es am 16. Juni 1953 zu ersten Streiks der Bauarbeiter der Ostberliner Stalinallee, des Vorzeigeprojekts sozialistischen Wohnungsbaus, wobei die Rücknahme der verordneten Arbeitsnormerhöhung gefordert wurde. Am 17. Juni breitete sich die Protestbewegung auf über 560 Orte der DDR aus, wobei zu den Arbeitern Angehörige der städtischen Mittelschichten, Bauern und Intellektuelle hinzustießen. Die Forderungen weiteten sich jetzt aus: neben Rücknahme der Normerhöhung wurden Rufe nach freien Wahlen und dem Rücktritt der Regierung immer lauter. In Ostberlin kam es am 17. Juni zu einer Massendemonstration von geschätzt 500.000 Menschen. Neben wirtschaftlichen und sozialpolitischen Forderungen waren auch Rufe nach freien Wahlen, deutscher Einheit und Rücktritt der Regierung hörbar. Um den **Aufstand des 17. Juni** zu unterbinden, verhängte die sowjetische Militärkommandantur den Ausnahmezustand und ließ mithilfe von Panzer die Demonstrationen blutig niederschlagen, wobei mehr als 50 Protestierende erschossen und 3.000 Demonstranten von der Sowjetarmee festgenommen wurden. Es folgten weitere 13.000 Verhaftungen durch die staatlichen Organe der DDR. Nur durch das gewaltsame Vorgehen der „Roten Armee“ konnte das SED-Regime vor dem Sturz durch die Volksbewegung gerettet werden  Drei Jahre später, im Jahr 1956, erfuhren die Aufständischen in Budapest (Ungarn) und Posen (Polen) ein ähnliches Schicksal. Im Juni 1956 streikten in der polnischen Industriestadt Posen Arbeiter gegen die schlechten Lebensbedingungen, hohen Arbeitsnormen und die Politik der kommunistischen Regierung. Der Aufstandsversuch wurde durch die polnische Armee niedergeschlagen, was zu über 70 Toten und Hunderten von Verletzten führten. Allerdings konnte die polnische Regierung so das unmittelbare Eingreifen der Sowjetunion verhindern. In der Folge setzte sich unter dem neuen Generalsekretär Władisław Gomułka eine Liberalisierung ein, die auch als „Polnischer Oktober“ bezeichnet wird.  Auch in Ungarn formierte sich - ermutigt durch die sich im Februar 1956 auf dem XX. Kongress der KPdSU in einer „Geheimrede“ Chruschtschows ankündigende „Entstalinisierung“ - eine oppositionelle Bewegung. Anfang März 1956 trafen sich aktive und verstoßene Parteimitglieder, Angehörige kommunistischer Jugendverbände und Universitätsangehörige, um über mögliche Folgen der „Entstalinisierung“ zu debattieren. Unter dem Namen „Petöfi Kör“ („Petöfi Kreis“, mit Bezug auf den Revolutionsdichter von 1848 Sándor Petőfi) wurde gezielt eine Verbindung zur Unabhängigkeitsbestrebung der Revolution von 1848 hergestellt. Der Kreis wurde zur Plattform für die sich um den ehemaligen Ministerpräsidenten und Reformkommunisten Imre Nagy versammelnde Opposition. Am 23. Oktober 1956 kam es in Budapest zur ersten Massendemonstration für demokratische Reformen. Als Schüsse fielen, bewaffneten sich die Demonstranten mit Hilfe ungarischer Soldaten. Die Proteste weiteten sich auf ganz Ungarn aus. Am 30. Oktober verkündete der wieder als Regierungschef eingesetzte Imre Nagy das Ende der Einparteienherrschaft und die Bildung einer Mehrparteienregierung, wenige Tage später erklärte Ungarn seine Neutralität und den Austritt aus dem Warschauer Pakt. Dem drohenden Zerfall des Ostblocks beugte die Sowjetunion vor, in dem sie in Ungarn einmarschierte. Gegen die einrückenden sowjetischen Truppen hatten die Aufständischen keine Chance, der **Ungarnaufstand** wurde in blutigen Kämpfen vom 4. bis zum 15. November niedergeschlagen. Dabei verloren ca. 2.500 Aufständische ihr Leben, über 200.000 Ungarn flohen ins westliche Ausland.  In der DDR kam es während der gesamten 1950er-Jahre zu einer anhaltenden Fluchtbewegung von mehreren Hunderttausenden in Richtung BRD (von der DDR-Regierung als „Republikflucht“ bezeichnet). Um das „Ausbluten“ der DDR zu stoppen, entschloss sich die SED-Führung im Sommer 1961 zum „Mauerbau“, d.h. zur Abriegelung der Grenze in Berlin, dem letzten noch ungesicherten Grenzabschnitt zum Westen. Durch die Verhinderung der **„Republikflucht“** sollte auch die latente Wirtschaftskrise in der DDR beendet werden sowie das Souveränitätsdefizit, das sich aus der unzureichenden Legitimität der SED-Herrschaft, die sich weder auf eine politische Konsensbildung in der Bevölkerung noch auf eine Realisierung der von ihr in Aussicht gestellten materiellen Wohlfahrt im Sozialismus berufen konnte, beendet werden. An der Kriminalisierung von Flüchtlingen und der Anweisung, gegebenenfalls auf sie zu schießen, wird deutlich, dass die SED-Führung nicht nur die Fluchtbewegung und den damit verbundenen Verlust dringend benötigter Arbeitskräfte unterbinden wollte, sondern auch ihre eigene staatliche Souveränität zu betonen versuchte, indem Flucht letztlich als Rebellion gegen die Herrschaft der SED eingestuft wurde. Die Flucht in den Westen als Möglichkeit, sich dem SED-Staat zu entziehen, war damit ab 1961 enorm erschwert worden und wurde so zu einem lebensgefährlichen Unterfangen. So führte auch die mit dem **Mauerbau** einhergehende Verschärfung des Grenzregimes zunächst zu einer deutlich höheren Zahl von Todesopfern.  In Westeuropa regte sich bürgerschaftlicher Protest gegen den sich immer klarer abzeichnenden Kalten Krieg und die damit verbundene atomare Rüstung. In der Bundesrepublik kam es zu heftigen Debatten um die Frage nach einer in der Potsdamer Konferenz von den Alliierten noch definitiv ausgeschlossenen **Wiederbewaffnung** sowie einem damit verbundenen möglichen NATO-Beitritt Westdeutschlands. Nach der Zündung der ersten sowjetischen Atombombe am 29. August 1949 und dem Ausbruch des Korea-Krieges 1950 wuchs die Bereitschaft der Westalliierten, eine deutsche Armee unter fester Einbindung in eine westeuropäische Streitmacht zuzulassen. Die Bundesrepublik sollte in die NATO integriert werden, um als „Frontstaat" in unmittelbarer Nachbarschaft zur sozialistischen Staatengemeinschaft militärische Attacken abwehren zu können. Im Oktober 1950 verfassten 15 ehemaligen Wehrmachtsoffizieren im Eifelkloster Himmerod die “Himmeroder Denkschrift“, die detaillierte Pläne zur Errichtung einer Streitmacht enthielt, zugleich aber auch forderte, die Diffamierung ehemaliger Wehrmachtssoldaten und Angehöriger der Waffen-SS zu beenden, als Kriegsverbrecher verurteilte Soldaten freizulassen und eine "Ehrenerklärung für den deutschen Soldaten" abgegeben werden müsse. Daraufhin erklärte Dwight D. Eisenhower, damaliger Nato-Oberbefehlshaber und späterer US-Präsident, am 23. Januar 1951 ausdrücklich, dass der deutsche Soldat tapfer für seine Heimat gekämpft habe. Die zunächst geplante Errichtung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG), zu der auch die Bundesrepublik mit Truppen ihren Beitrag leisten sollte, scheiterte am Widerstand Frankreichs. Damit wurde die Aufnahme der BRD in die NATO sowie ihre Wiederbewaffnung durch die Gründung der Bundeswehr bei gleichzeitigem Ende des Besatzungsstatuts angestrebt, die am 23. Oktober 1954 in den „Pariser Verträge“ vereinbart wurden.  Gegen die mit diesen Verträgen verknüpfte Entscheidung für eine Wiederbewaffnung der BRD hatte sich bereits seit 1950 eine starke Opposition gebildet, die sogenannte „Ohne mich"-Bewegung. Mit der Forderung, eine Volksbefragung zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen, formierte sich in der Folgezeit die sogenannte „Volksbefragungsbewegung“, die durch ein breites Bündnis aus SPD, KPD, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und zunächst auch der FDP getragen wurde und trotz eines Verbots durch das Innenministerium über 6 Millionen Unterschriften gegen die Wiederbewaffnung sammeln konnte. Eine weitere Initiative, die sogenannte „Paulskirchenbewegung“, zu der auch der frühere Innenminister Gustav Heinemann gehörte, der bereits im Oktober 1950 aus Protest gegen Pläne zur Wiederbewaffnung zurückgetreten war, verabschiedete am 29. Januar 1955 das "Deutsche Manifest" gegen die Pariser Verträge. Erneut flammte der Streit 1957 auf, als durch den damaligen Verteidigungsminister Franz Josef Strauß die atomare Bewaffnung der Bundeswehr gefordert wurde. Eine Gruppe von 18 angesehenen deutschen Atomphysikern, darunter die Nobelpreisträger Otto Hahn, Max Born und Werner Heisenberg, forderten im "Göttinger Manifest" vom 12. April 1957 den Verzicht der Bundesrepublik „auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art". Auch die SPD, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), kirchliche Gruppen um Martin Niemöller und pazifistische Gruppen starteten 1958 die Kampagne "Kampf dem Atomtod".  Diese erste zivilgesellschaftliche Bewegung der jungen Bundesrepublik war vernetzt mit pazifistischen Gruppen in Europa, insbesondere in Großbritannien, wo an Ostern 1958 der „Aldermaston March“ von London zum Atomforschungszentrum Aldermaston mit 10.000 Teilnehmern stattfand. Dies gilt als Beginn der sich in den Folgejahren in ganz Westeuropa, ab 1960 auch in Westdeutschland sich entwickelnden Ostermarsch-Bewegung. Nachdem sich die SPD 1959 in ihrem „Godesberger Programm“ zur Westbindung und zur Bundeswehr bekannt hatte, verflachte der Widerstand. US-amerikanische Atomwaffen wurden in Deutschland stationiert, wobei die Bundeswehr zwar über die Raketen verfügte, die Sprengköpfe jedoch bei den Westalliierten unter Verschluss blieben.  Zu den frühen Protestbewegungen in Westdeutschland zählt auch die „SPIEGEL-Affäre“ von 1962. Ein kritischer Artikel über den Zustand der Bundeswehr mit dem Titel „Bedingt abwehrbereit“ führte unter dem Vorwurf des Landesverrates zur Verhaftung des Herausgebers Rudolf Augstein, mehrerer leitender Redakteure sowie des verantwortlichen Journalisten Conrad Ahlers, die Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß persönlich veranlasst hatte. Erst Massenproteste von Studierenden und Gewerkschaftern führten zur Freilassung der Journalisten, zu einer Kabinettsumbildung, dem Rücktritt von Franz Josef Strauß und der Ankündigung des Rücktritts Adenauers für den Herbst 1963. Erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik war aus einer politischen Krise die kritische Öffentlichkeit als Siegerin hervorgegangen. Die „SPIEGEL-Affäre“ gilt bis heute als Geburtsstunde der freien Presse als „Vierte Gewalt“.  Eine der massivsten und einschneidendsten Protestbewegungen stellt die **68er-Bewegung** dar, die ihre Wurzeln in den USA hatte. Sie begann mit Protesten amerikanischer Studenten gegen den Vietnamkrieg. Schon zuvor hatte es in der dortigen Studentenbewegung die Forderung nach politischer Mitgestaltung, Pluralisierung sowie **Wertewandel** und neuen Lebensstilen gegeben. Dieser Wertewandel schien den Übergang von materialistischen zu post-materialistischen Werten zu kennzeichnen. Kritiker sehen darin allerdings auch das Ende gesellschaftlicher Verbindlichkeiten und des Leitbildes der bürgerlichen Kleinfamilie bzw. des Christentums als gemeinsamem Nenner. Die amerikanischen Bürgerrechts-, Studenten-, Frauen- und Antivietnamkriegsbewegung (und die vielfältigen Überschneidungen zwischen diesen) wurde zum Vorbild für die Protestbewegungen in den westeuropäischen Gesellschaften. In Westdeutschland war durch die Bildung einer Großen Koalition von CDU und SPD 1966 die parlamentarische Opposition auf die FDP geschrumpft. So bildete sich eine „außerparlamentarische Opposition“ (APO), die mit Massendemonstrationen und Straßenkämpfen vor allem gegen die von der Großen Koalition geplanten „Notstandsgesetze“ agierte. Auch in anderen westeuropäischen Ländern begannen zeitgleich Studentenproteste, insbesondere in Frankreich und Italien, die hier anders als in Deutschland durch die sich anschließende Industriearbeiterschaft (z. B. der von Renault oder der von Fiat) unterstützt wurde. In Frankreich kam es im Mai 1968 sogar zur Ausrufung des Generalstreiks durch die Gewerkschaften und wochenlangen bürgerkriegsähnlichen Straßenschlachten zwischen Studenten und der Polizei, in deren Folge Staatspräsident Charles de Gaulle sogar kurzfristig das Land verlassen musste. Am 30. Mai löste de Gaulle die Nationalversammlung auf und rief Neuwahlen aus, die seine konservativen Gaullisten gewannen. Die Revolte brach daraufhin zusammen. Dennoch fand die Ära de Gaulle ihr Ende: Am 28. April 1969 trat er nach einem verlorenen Referendum zurück.  Die breite Politisierung, die sich seit 1968 vollzogen hatte, mobilisierte nach den Studenten und Schülern auch weitere Gruppen, die sich innerhalb der politischen Öffentlichkeit nicht vertreten fühlten und deshalb ihre Teilhaberechte lautstark einforderten. In Gegnerschaft zu den patriarchalischen Strukturen entstand eine „neue Frauenbewegung“, die vor allem in ihrem Kampf gegen den § 218 des Strafgesetzbuchs, der Abtreibung mit einer Freiheitsstrafe bis zu zehn Jahren bedrohte, Aufmerksamkeit erlangte. In einem viel beachteten Artikel in der Zeitschrift „STERN“ 1971 mit dem Titel „Ich habe abgetrieben!“ bezichtigten sich 374 Frauen selbst der Abtreibung, darunter viele Prominente. Unter der Parole „Mein Bauch gehört mir!“ erreichte die Kampagne 1974 die sogenannte „Fristenlösung“ für Abtreibungen, die allerdings ein Jahr später vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt und deshalb 1976 durch eine Indikationslösung mit verpflichtenden Beratungen vor einem Schwangerschaftsabbruch ersetzt wurde. Zahlreiche Frauenförderungsprogramme bis hin zur Einführung von Frauenquoten (z. B. in Parteien) waren mittel- und langfristig die Folgen. Auch die Homosexuellenbewegung forderte Rechte auf Abschaffung des § 175, der homosexuelle Handlungen unter Männern mit langjährigen Haftstrafen bedrohte, und erlangte 1969 eine Reform, wenngleich der Paragraph erst 1994 ganz aufgehoben wurde.  Zugleich war die 68er-Bewegung auch ein Aufstand der jungen Generation gegen die „Nazi-Eltern“-Generation, die mit ihrem Schweigen und ihrer Gefühlskälte die Nachkriegszeit bestimmt hatte. Vor allem die personellen Kontinuitäten vom „Dritten Reich“ zur Bundesrepublik, die nicht zuletzt 1966 in der Wahl des ehemaligen NSDAP-Mitglieds Kurt Georg Kiesinger zum Bundeskanzler offensichtlich hervortraten, waren ein wesentlicher Kritikpunkt der Studentenbewegung. Unter dem Slogan „Unter den Talaren Muff von 1 000 Jahren“ wurde die Verstrickung zahlreicher Professoren in das NS-Regime angeprangert.  Während in den westlichen Staaten „1968“ im Zeichen der weltweiten Proteste gegen den Vietnamkrieg und großer Studentenunruhen stand, erlebte das poststalinistische Osteuropa mit dem „**Prager Frühling**“ in der Tschechoslowakei, wo seit 1957 unter Partei- und Staatschef Antonín Novotny vorsichtige Wirtschaftsreformen und Liberalisierungstendenzen durchgeführt wurden, seine größte Krise seit 1956. Die CSSR und insbesondere Prag waren in den 1960ern ein beliebtes Reiseziel der DDR-Bevölkerung sowie vieler Westberliner und Westdeutscher, was zu vielen zwischenmenschlichen Kontrakten und einem regen Gedankenaustausch führte. Als sich 1967 erste Proteste durch Schriftsteller, Künstler und Intellektuelle um Václav Havel und Pavel Kohout gegen die zu zaghaften Reformen formierten, musste Novotny auf Druck der Sowjetführung Anfang Januar 1968 zurücktreten. Sein Nachfolger Alexander Dubček begann zügig mit einer spürbaren Liberalisierung der Gesellschaft, damit der Sozialismus ein "menschliches Antlitz" bekomme. Dieser Reformprozess erhielt bald von westlichen Medien auch den Namen „**Prager Frühling**“ und knüpft an den Begriff „Tauwetter-Periode“ für die Entspannungspolitik des Ostens an. Am 5. April 1968 erließ die kommunistische Partei ein "Aktionsprogramm", das binnen zwei Jahren von der Regierung umgesetzt werden sollte und indem sie weitgehend auf ihr Machtmonopol verzichten wollte. Eine teilweise Privatisierung der Wirtschaft wurde beschlossen und Betriebsräten Entscheidungskompetenzen zugestanden. Auch liberale Grundrechte wie Rede-, Reise- und Versammlungsfreiheit sowie die Freiheit von Wissenschaft, Kunst, Kultur, Medien bis zur Gründung von Vereinigungen wurden gewährt. Die Sowjetunion und vor allem die DDR, aber auch Polen, Ungarn und Bulgarien reagierten mit Militärmanövern und der sprachlichen Erklärung: "Wir werden die Tschechoslowakei nicht aufgeben!" Andere kommunistische Staaten wie Jugoslawien und Rumänien begrüßten die Reformen, ebenso die kommunistischen Parteien Westeuropasund nicht zuletzt auch China, dass sich dadurch ebenfalls mehr Unabhängigkeit gegenüber der Sowjetunion versprach. Diese zunächst von der Parteispitze verordneten Reform fanden rasch in der Bevölkerung Zustimmung, besonders bei Jugendlichen und Intellektuellen. Am 27. Juni 1968 veröffentlichten 68 Intellektuellen, Schriftstellern und Künstlern das „Manifest der 2000 Worte" (Dva tisíce slov), das eine Abrechnung mit den letzten 20 Jahren der kommunistischen Herrschaft. Die weitere Demokratisierung, so das Manifest, könne nur zusammen mit Kräften außerhalb der KPC gesichert werden. Damit wurde der Alleinherrschaftsanspruch der Kommunistischen Partei generell in Frage gestellt sowie der Sozialismus als Gesellschaftsform angezweifelt. Für die sowjetische Regierung, aber auch für die Führung anderer Ostblockstaaten, insbesondere der DDR, war das Manifest ein Aufruf zur Konterrevolution, wie es Walter Ulbricht explizit formulierte. Wenngleich sich die kommunistische Partei der Tschechoslowakei auch vom Manifest distanzierte, widersetzte sich Dubček der Forderung nach einem sofortigen Eingreifen gegen die konterrevolutionären Kräfte. Nachdem Dubček einen als Art Ultimatum gedachten gemeinsamen Aufruf der Vertreter der Sowjetunion, Bulgariens, Ungarns, Polens und der DDR („Warschauer Brief") zur Kurskorrektur vom 15. Juli 1968 ignorierte, rückten am 21. August 1968 rückten insgesamt 400.000 Soldaten der Truppen des „Warschauer Paktes“ - ausgenommen Rumäniens - in Prag und der Tschechoslowakei ein und beendeten trotz ziviler Gegenwehr von Demonstranten gewaltsam die reformkommunistische Bewegung des Prager Frühlings. Die kommunistische Führung der Sowjetunion machte so unmissverständlich deutlich, dass sie in ihren osteuropäischen Satellitenstaaten kein Abweichen von ihrem ideologischen und diktatorischen Kurs duldete. Dubček und andere führende Parteimitglieder wurden verhaftet und nach Moskau entführt, wo Dubček gezwungen wurde, die Aufhebung der Reformprojekte zu erlassen sowie die Stationierung sowjetischer Truppen in der Tschechoslowakei zuzulassen. Unter Tränen teilte er dieses Scheitern seines Reformkurses nach seiner Rückkehr am 27. August 1968 bei einer öffentlichen Rede in Prag in aller Offenheit mit. Dubcek wurde politisch demontiert, im Frühjahr 1969 als KP-Chef abgelöst und 1971 ganz aus der Partei ausgeschlossen. Am 12. November 1968 verkündete der sowjetische Staatschef Leonid Breschnew in der sog. „Breschnew-Doktrin“, dass sich die Sowjetunion generell das Recht vorbehalte, Oppositionsbewegungen in sozialistischen Ländern notfalls mit Gewalt niederzuschlagen.  Zwar war die Demokratiebewegung zunächst damit noch nicht vollkommen beendet, aber sie hatte ihre staatliche Unterstützung verloren. Im Januar 1969 verbrannte sich in Prag der Student Jan Pallach selbst, weil er als „lebendige Fackel“ gegen das Erlöschen der Demokratiebewegung ein Zeichen setzen wollte. Und am Jahrestag der Niederschlagung des Prager Frühlings demonstrierten am 20. und 21. August 1969 erneut in Prag ca. 150.000 Menschen gegen die Besetzung des Landes und für eine Fortsetzung der Reformbewegung, worauf die kommunistischen Machthaber äußerst brutal vorging, um eine erneute Mobilmachung der Sowjetarmee und der damit der drohenden Gefahr eines blutigen Massakers zuvorzukommen. Und auch in der DDR kam es angesichts der Niederschlagung des Prager Frühlings zu zahlreichen Protestaktionen, auf die die Staatsführung mit massenhaften Verhaftungen reagierte. Im gesamten Ostblock aber erloschen für viele Jahre die Hoffnungen auf Liberalisierung und Demokratisierung nach dieser erneuten bitteren Enttäuschung nach 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn und Polen. |
| **Auswirkungen des Kalten Krieges am Beispiel Kubas**  Putsch  Militärdiktatur  Revolution  Kuba-Krise | Kurz vor den kubanischen Parlamentswahlen im Jahr 1952 hatte der kubanische Oppositionspolitiker Fulgencio Batista mit Hilfe des Militärs einen **Putsch** gegen die Regierung unternommen, die bevorstehenden Wahlen abgesagt und eine von ihm geführte **Militärdiktatur** errichtet. Eine Klage des jungen Anwalts Fidel Castros gegen das dabei auch außer Kraft gesetzte Streikrecht wurde vom Obersten Gerichtshof abgewiesen. Daraufhin griffen am 26. Juli 1953 Aufständische unter Führung [Fidel Castro](https://www.bpb.de/internationales/amerika/lateinamerika/44783/fidel-castro)s das zweitgrößte Militärquartier Kubas, die Moncada-Kaserne in Santiago, an. Der Angriff scheiterte, es kam zu mehren Toten, Fidel Castro und sein Bruder Raúl wurden interniert, Fidel als Anführer zu 15 Jahren Haft verurteilt. Bereits im Mai 1955 erließ Batista aufgrund des öffentlichen Drucks jedoch eine Generalamnestie für politische Gefangene. Fidel Castro gründete daraufhin im mexikanischen Exil die „Bewegung des 26. Juli" („Movimiento del 26 de Julio") mit dem erklärten Ziel, die Demokratie zu restaurieren und Batista zu stürzen. Seiner Bewegung schloss sich auch der Argentinier Che Guevara an. Ab 1956 führte Castro einen Guerillakrieg gegen das Batista-Regime und zwang schließlich Batista, zum Jahreswechsel 1958/59 in die Dominikanische Republik zu fliehen. Die Aufständischen übernahmen die Kontrolle über ganz Kuba.  Als neuer Regierungschef, Staatspräsident und Vorsitzender der Kommunistischen Partei Kubas führte Castro sozialpolitische Maßnahmen durch wie eine Alphabetisierungskampagne und eine kostenlose Gesundheitsversorgung. Großgrundbesitzer und (besonders US-amerikanische) Unternehmer wurden enteignet. Die gesamte kubanische Gesellschaft, die Wirtschaft und auch der Staatsapparat wurden entsprechend der kommunistischen Doktrin gewaltsam umgestaltet („**Revolution**“). Als Reaktion darauf verhängten die USA gegen Kuba ein Handelsembargo, woraufhin sich Kuba eng an die Sowjetunion als neuen Bündnispartner anschloss. Schließlich führte auch der gescheiterte Versuch der USA, im April 1961 durch die Unterstützung einer Invasion von Exilkubanern die sozialistische Revolutionsregierung unter Fidel Castro zu stürzen, zu einer Festigung der kubanisch-sowjetischen Beziehungen. Als US-amerikanische Aufklärungsflugzeuge im August 1962 die Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen auf Kuba entdeckten, die aufgrund ihrer Reichweite in der Lage gewesen wären, die USA militärisch anzugreifen, drohten die USA unter ihrem damaligen Präsidenten John F. Kennedy offen mit einem atomaren Erstschlag. Die **Kuba-Krise** konnte nach 13 Tagen, in denen die Welt am Rande eines Atomkrieges gestanden hatte, durch den Abzug der auf Kuba stationierten Raketen bei gleichzeitig zugesagtem (wenn auch erst später durchgeführtem) Abzug der US-Atomraketen aus der Türkei beendet werden. Beide Supermächte richteten zudem eine direkte Telefonverbindung ein („Heißer Draht“), um Konflikte zukünftig einfacher beilegen zu können, und nahmen Abrüstungsverhandlungen auf. |
| **Ansätze zur Entspannungspolitik in den 1960er-Jahren**  Friedliche Koexistenz  „Kennedy-Impuls“  Neue Ostpolitik  Helsinki-Prozess | Nach der **Kuba-Krise** war die Zeit reif für ein neues politisches Denken: In den USA verbreitete Präsident John F. Kennedy durch sein Auftreten in der Öffentlichkeit und durch seine Jugendlichkeit (Kennedy war bei Amtsantritt 43 Jahre alt und damit der zweitjüngste US-Präsident der Geschichte) eine generelle optimistische Aufbruchstimmung („**Kennedy-Impuls**“) und proklamierte eine „Strategie für den Frieden“, die die gemeinsamen Sicherheitsinteressen der USA und der Sowjetunion herausstellte. An die Stelle der Konfrontation sollte ein Prozess der friedlichen Veränderung treten. Auch die Sowjetunion unter Generalsekretär Nikita Chruschtschow verfolgte eine Politik der **Friedlichen Koexistenz**, d. h. ein friedliches Nebeneinander der beiden rivalisierenden Systeme des Kapitalismus (USA und deren Verbündete) und des Sozialismus (Sowjetunion und deren Verbündete). Während in Westdeutschland die Regierung des CDU-Kanzlers Adenauer weiter den Slogan „Keine Experimente“ propagierte, sahen die Sozialdemokraten Brandt und Bahr in Kennedys Strategie die Chance zu einer Lösung der Probleme des geteilten Deutschlands. Mit dem politischen Konzept „Wandel durch Annäherung“ begann die sozialliberale Ost- und Entspannungspolitik der Ära Brandt/Scheel, die auch als „**Neue Ostpolitik**“ bezeichnet wird. Nach der erstmaligen öffentlichen Vorstellung dieses Konzeptes den SPD-Politiker Egon Bahr am 15. Juli 1963 auf einer Tagung in Tutzing hagelte es Kritik von allen Seiten. Die CDU befürchtete „Aufweichungstendenzen“ und diffamierte das Motto als „Wandel durch Anbiederung“. Gegen den erbitterten Widerstand von CDU/CSU betonte die Regierung Brandt/Scheel die Notwendigkeit einer Anerkennung des politischen Status quo in Europa. In Abkommen der Bundesrepublik mit Moskau, Warschau und Prag erklärten die Unterzeichner, ihre Konflikte gewaltfrei zu lösen und die derzeitigen Grenzen zu akzeptieren. Mit der DDR einigte man sich auf einen „Grundlagenvertrag“, in dessen Zuge die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO möglich wurde.  Ende der 1960er-Jahre wurde auch auf europäischer Ebene eine Entspannungspolitik forciert. Die Ostblockstaaten erarbeiteten ein Angebot für eine gesamteuropäische Konferenz über Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit, das 1969 von den NATO-Ministern angenommen wurde. Die finnische Regierung bot an, die Vorbereitungstreffen und die folgende Konferenz in Helsinki abzuhalten – damit war der 1975 zum Abschluss kommende **Helsinki-Prozess** eingeleitet. |
| **Aufbruchsversuche in West und Ost zu mehr Bürgerbeteiligung**  Emanzipation: „Mehr Demokratie wagen“  Neue Soziale Bewegungen  Pluralisierung  Charta 77  Dissidentenbewegung | Die Proteste der 68er-Bewegung und die Forderung nach weitegehender **Emanzipation** prägten auch die Regierungsarbeit der folgenden Jahre. In der Bundesrepublik kam es 1969 zu einem Wahlsieg der sozialliberalen Koalition, die CDU wurde erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik auf die Oppositionsbank verdrängt. Unter der SPD-Kanzlerschaft Willy Brandts, die Brandt in seiner Regierungserklärung selbst unter die Formel „Wir wollen **mehr Demokratie wagen**“ stellte, wurden weitgehende Reformen durch geführt, die die Freiheitsrechte des Einzelnen erweiterten und mehr demokratische Mitwirkung ermöglichten sowie den Sozialstaat stärkten. Dadurch wurde eine **Pluralisierung** der gesamten Gesellschaft erreicht. Zur Finanzierung seiner Reformpolitik ging die Regierung Brandt optimistisch von dauerhaft hohen Wachstumsraten aus. Doch trotz guter Konjunktur und Vollbeschäftigung ließen sich die erheblichen Mehrausgaben des Bundes von Anfang an nur durch eine deutliche Erhöhung der Staatsverschuldung decken, was zur Kritik der wirtschaftsliberaleren Opposition führte.  Die Forderungen Brandts nach „Demokratisierung“ der gesamten Gesellschaft fanden rasch Anklang. Zahlreiche politische Gruppierungen und soziale Bewegungen entstanden, die – in Abgrenzung zur Arbeiterbewegung als Prototyp der "alten" sozialen Bewegung – unter der Bezeichnung **„Neue soziale Bewegungen“ (NSB)** zusammengefasst wurden. Sie forderten über alle inhaltlichen Unterschiede hinweg massive politische Veränderungen, die sie als außerparlamentarische Opposition gegebenenfalls auch gegen das etablierte Parteiensystem durchsetzen wollten. Teilweise hatten sie ihre Wurzeln in der Studentenbewegung der 68er-Zeit und teilten die Kritik an bürokratischen Organisationsformen, verzichteten aber weitgehend auf deren antikapitalistischen und revolutionären Positionen. Sie verband radikaldemokratische Forderungen mit dem Ziel solidarischer, selbstbestimmter Lebensweisen und der Verbesserung der Lebensbedingungen. Thematische Schwerpunkte wichtiger Einzelbewegungen waren die Bürger- und Menschenrechte, **Emanzipation** von Frauen, Fragen der Ökologie und des Umweltschutzes, Frieden und Abrüstung , selbstverwaltete Lebens- und Arbeitsformen sowie die Bekämpfung von Hunger und Elend in Entwicklungsländern (sog. „Dritte Welt“). Zum Umfeld der NSB zählen aber auch Selbsthilfegruppen im Gesundheits- und Sozialbereich, Schwulen- und Lesbengruppen, Hausbesetzer und militante "autonome" Gruppen.  Besonders ökologische Bürgerinitiativen wurden durch die grundsätzlichen Warnungen des „Club of Rome“ inspiriert und alarmiert, der 1972 die weltweit beachteten „Grenzen des Wachstums“ veröffentlicht hatte. So gründeten sich zahlreiche regionale Bürgerinitiativen und Umweltgruppen gegen die industriegesellschaftliche Wachstumsideologien, die sich mit der Anti-Atomkraftbewegung vermischten, beispielsweise im südbadischen Wyhl 1975, in Brokdorf 1976, Gorleben 1977 oder Wackersdorf 1980. Politisch fanden sie ihre Vertretungen in „Grünen Listen“. Ab 1979 Brokdorf 1976, in Gorleben 1977 oder in Wackersdorf 1980. Politisch fanden sie ihre Vertretungen in „Grünen Listen“. Ab 1979 rückte vor dem Hintergrund des NATO-Nachrüstungsbeschluss („Doppelbeschluss“) neben der Umweltbewegung besonders die Friedensbewegung in den Vordergrund. Aus diesen Bewegungen ging 1980 auf Bundesebene eine neue ökologische und pazifistisch ausgerichtete Partei hervor, die „GRÜNEN“, die 1983 in den Bundestag einzog.  Auch die Friedensbewegung, die sich bereits Ende der 1950er-Jahre als Protestbewegung gegen die Stationierung nuklearer Waffen in Westdeutschland formier hatte, erhielt wieder Zulauf. Die damals entstandene Protestform der „Ostermärsche“ gegen das atomare Wettrüsten in Ost und West kamen wieder auf, besonderes angesichts des Vietnamkrieges und nach dem NATO-Doppelbeschluss 1979. öffentliche Beachtung. Ebenso rückte die Situation der >Entwicklungsländern durch die Dritte-Welt-Bewegung in den Focus der Öffentlichkeit, die sich - aus antiimperialistischer Grundhaltung bzw. aus christlicher Motivation heraus - mit Befreiungsbewegungen in Entwicklungsländern solidarisierten. In den 1970er-Jahren galt die Aufmerksamkeit vor allem den Ereignissen in Süd- und Mittelamerika, etwa dem Militärputsch 1973 in Chile oder der sandinistischen Revolution 1979 in Nicaragua.  Die Neue Frauenbewegung - in Abgrenzung zur Frauenbewegung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik – setzte sich für eine vollständige Gleichberechtigung (**Emanzipation**) von Frauen sowie größere Mitwirkungsmöglichkeiten in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ein. Als Beginn kann die 1968 im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) von Helke Sander initiierte Auseinandersetzung über die Diskriminierung von Frauen in der 68er-Bewegung gesehen werden. Die zweite wichtige Quelle der Neuen Frauenbewegung war der Kampf gegen Paragraph 218 StGB, d.h. die Kriminalisierung der Abtreibung. Große Aufmerksamkeit erfuhr die von Alice Schwarzer 1971 initiierte Aktion Wir *haben abgetrieben* in der Zeitschrift Stern sowie die Gründung der Frauenzeitschrift EMMA 1977.  Durch die KSZE-Schlussakte von Helsinki, in der sich auch die Staaten des Warschauer Paktes zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten verpflichtet hatten, hatte sich jedoch für die zivilgesellschaftlichen Bürgerbewegungen in Osteuropa **(Dissidentenbewegung**) etwas grundsätzlich etwas, konnten sie sich doch von nun an auf diese von ihren eigenen Regierungen unterzeichnete Vereinbarung berufen. So wurde am 1. Januar 1977 die „**Charta 77**“ mit 242 Unterschriften veröffentlicht und am 7. Januar 1977 in führenden europäischen Zeitungen abgedruckt. Die aus vielen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen stammenden Verfasser - unter ihnen der Literat und spätere tschechische Staatspräsident Václav Havel -, die sich ausdrücklich als Bürgerinitiative und nicht als oppositionelle politische Gruppe verstand, forderten die Einhaltung der von der tschechoslowakischen Regierung im August 1975 unterzeichneten und verabschiedeten internationalen Verträge über Menschen- und Grundrechte, essenzielle Bestandteile der Schlussakte von Helsinki. Am 17. Januar gründete sich in Paris ein internationaler Ausschuss zur Unterstützung der Charta 77, dem unter anderen Heinrich Böll, Friedrich Dürrenmatt, Arthur Miller und Graham Greene angehören. Das Zentralkomitee der CSSR organisiert dagegen eine "Anti-Charta". Manche Künstler\*innen wurden zur Unterschrift gezwungen, andere unterschrieben freiwillig, vielleicht sogar aus Überzeugung. Die Chartisten wurden als "verkrachte Existenzen der tschechoslowakischen reaktionären Bourgeoisie", die im Auftrag antikommunistischer Mächte des Auslands handelten, diffamiert, verhaftet und teilweise ausgebürgert. Einer der drei Sprecher, Jan Patočka, der mit dem westlichen Ausland Kontakt aufgenommen hatte, erlitt aufgrund einer diffamierenden öffentlichen Kampagne gegen ihn zahllosen Verhören einen Schlaganfall, an dessen Folgen er im März 1977 verstarb. Die Bewegung ließ sich aber nicht mehr unterdrücken. Bereits im Sommer 1977 war die Zahl der Unterzeichner auf 600 angewachsen. Jedes Jahr wurden drei Unterzeichner der Charta zu Sprechern gewählt, die die Charta nach außen repräsentierten. Ihre Führer wurden von Millionen Tschechen als legitime Repräsentanten der Nation angesehen. Zwischen 1977-1989 veröffentlichte sie 572 Publikationen zur Menschenrechtssituation im Lande, aber auch zu Themen wie den Frieden und den Umweltschutz. Bis 1989 bekannten sich fast 2000 Menschen öffentlich zur „Charta 77“. |
| Pluralisierung in Westeuropa? Die Beispiele Spaniens und/ oder Portugals | Der spanische Bürgerkrieg endete 1939 mit dem Sieg der rechtsgerichteten [Putschist](https://www.zeitklicks.de/top-menu/glossar/navigation/topnav/buchstabe/p/)en unter General Franco. Damit begann die Diktatur in Spanien, nach ihrem Anführer Franco auch Franquismus genannt, die von brutaler Verfolgung der politischen Gegner bestimmt war. Nach anfänglichen großen wirtschaftlichen Problemen kam es ab den 60er Jahren zu einem Aufblühen der Wirtschaft, nicht zuletzt durch den zunehmenden Tourismus. Innenpolitisch formierte sich mehr und mehr Widerstand gegen das Regime. Nach dem Tod Francos übernahm der noch von Franco selbst zum Nachfolger bestimmte Juan Carlos im November 1975 als König die Herrschaft und leitete den Übergang zur Demokratie („Transición“) ein. 1978 verabschiedete Spanien eine demokratische Verfassung und wurde zur konstitutionellen Monarchie. Die von Anhängern Francos besetzte Verwaltung wurde demokratisiert und auch das gesellschaftliche Leben liberalisierte sich zunehmend. Ein Putschversuch rechter Militärs im Jahr 1981 scheiterte daran, dass König Juan Carlos diesen entschlossen entgegentrat. 1982 übernahmen die Sozialdemokraten die Regierung. und Spanien trat der NATO bei, 1986 auch der Europäischen Gemeinschaft. Innenpolitisch wurde Spanien immer wieder durch Anschläge der baskischen Untergrundorganisation ETA erschüttert, die sich 1959 im Kampf gegen Franco und für die Unabhängigkeit des Baskenlandes gegründet hatte. Erst 2011 verkündete die ETA das Ende ihrer bewaffneten Aktivitäten. Etwa zeitgleich verschärfte sich der Unabhängigkeitsbestrebungen im seit 2006 autonomen Katalonien, die 2017 in bürgerkriegsähnlichen Zuständen eskalierten.  In Portugal putschte bereits 1926 das Militär gegen die Republik, die in dem agrarisch geprägten und wenig alphabetisierten Land mit zahlreichen Problemen zu kämpfen hatte, und errichtete ein Militärregime. Auf den Posten des Finanzministers wurde 1928 der Ökonomie-Professor António Salazar berufen, dem es nicht nur bald gelang, das Land wirtschaftlich zu stabilisieren, sondern auch, seine eigene Machtposition auszubauen und die Diktatur das Salazarismus („Estado Novo“) zu etablieren. Diese langlebigste Rechtsdiktatur Europas existierte bis 1974. Konnte das offiziell neutrale Portugal noch im Zweiten Weltkrieg vom Handel mit beiden Kriegsparteien profitieren, verschaffte ihm nach 1945 das Interesse der USA an Militärbasen auf den Azoren internationales Ansehen, das z. B. dazu führte, dass die Diktatur Portugal (ganz im Gegensatz zum Franco-Spanien) 1949 Gründungsmitglied der NATO werden konnte. Das Salazar-Regime gab sich antiliberal, antikommunistisch, paternalistisch und katholisch-nationalistisch. Eine enge wirtschaftliche Bindung an die Europäische Gemeinschaft und der seit den 60er-Jahren zunehmende Tourismus führten mittelfristig zur Liberalisierung des Landes. Nach Salazars Tod 1970 dauerte die Diktatur unter seinem Nachfolger Caetano bis zur Nelkenrevolution fort, als im April 1974 sich eine kleine Gruppe von überwiegend jungen Offizieren an die Macht putsche und den Diktator zum Rücktritt zwang. Das wurde von großen Teilen der portugiesischen Bevölkerung in Massenkundgebungen begrüßt, insgesamt verlief die Revolution sehr unblutig, ihr Symbol wurden rote Nelken, die sich die aufständischen Soldaten in die Gewehrläufe steckten. Zu diesem Zeitpunkt war das Land durch seinen 13-jährigen Kolonialkrieg in Angola und Mosambik in große wirtschaftliche und soziale Probleme geraten. Die Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung 1975 gewannen gemäßigte Parteien. Schon 1975 waren die Kolonialkriege beendet und die ehemaligen Kolonien in die Unabhängigkeit entlassen worden, 1976 gründete sich die Dritte Portugiesische Republik. |
| **Wirtschaftliche Krisen der 1970er- und 1980er-Jahre und ihre Auswirkungen auf Westeuropa**  Ende des „Golden Age“: Ölkrise  Stagflation  Sockelarbeitslosigkeit  Zwei-Drittel-Gesellschaft  Neoliberalismus  Strukturwandel: Digitalisierung | Um 1970 endete in Westeuropa der wirtschaftliche Nachkriegsboom – das **Ende des „Golden Age“** zeichnete sich ab. Die Binnennachfrage war gesättigt, neue Technologien verringerten den Bedarf an Arbeitskräften, die Arbeitslosenzahlen stiegen und die Einkommen wuchsen nicht mehr im gewohnten Umfang. Zunächst versuchte die Große Koalition unter Kanzler Kiesinger den wirtschaftlichen Problemen durch das „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ (1967) zu begegnen. Im Sinne der Lehren von John Maynard Keynes (1883–1946) sollte dieses Gesetz dem Staat stabilisierende Eingriffe in die Wirtschaft mit dem Ziel des weitgehenden Ausgleichs konjunktureller Schwankungen ermöglichen. Die ab 1969 regierenden sozialliberalen Koalitionen versuchten u. a. durch eine Senkung der Staatsverschuldung, steuerliche Entlastung der Unternehmen und Reduzierung der staatlichen Ausgaben für sozialpolitische Maßnahmen der Wirtschaftskrise zu begegnen. Unter Wirtschafts- und Finanzministers Karl Schiller (SPD) sollte die Bundesregierung einen Kurs der antizyklischen, auf die Stimulierung der Nachfrage zielenden und Haushaltsdefizite bewusst in Kauf nehmenden staatlichen Wirtschaftspolitik verfolgen („Keynesianismus“). Im August 1971 wurde die 1944 in Bretton Woods vereinbarte internationale Währungsordnung beendet, die auf dem "Gold-Dollar-Standard" beruht hatte. Bis dahin galt der US-Dollar als internationale Leitwährung, die wiederum an einen festen Goldwert gebunden war. Andere Länder konnten ihre Dollarreserven zu festgelegten Kursen eintauschen (z. B. 4,20 DM : 1 USD), waren jedoch ihrerseits verpflichtet, ihre eigenen Währungskurse stabil zu halten. Im Oktober 1973 erhöhten die arabischen erdölexportierenden Länder anlässlich des „Jom-Kippur-Krieges“ den Preis für Erdöl drastisch und verringerten zugleich die Liefermengen, um den Westen wegen seiner Unterstützung Israels politisch unter Druck zu setzen. Die dadurch ausgelöste **Ölkrise** führte in der Bundesrepublik zu energiesparenden Maßnahmen wie Sonntagsfahrverboten und Geschwindigkeitsbegrenzungen. Die Wirtschaft stagnierte, was z. B. in der Bundesrepublik zu einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen auf über 1 Million führte. Die Politik der nachfrageorientierten Globalsteuerung gelangte an ihre Grenzen. Die Preise stiegen weiter an trotz verlangsamten wirtschaftlichen Wachstums, wofür sich die Bezeichnung „**Stagflation**" (zusammengefügt aus *Stagnation* und *Inflation*) durchsetzte. Trotz langsamer Erholung der Wirtschaft blieb in den folgenden Jahren die Arbeitslosigkeit konstant hoch, sodass man von „**Sockelarbeitslosigkeit**“ spricht, die konjunkturelle war zu einer strukturellen Arbeitslosigkeit geworden. Die soziale Ungleichheit nahm zu, was auch als Entwicklung zu einer „**Zwei-Drittel-Gesellschaft**“ bezeichnet wurde, der zufolge etwa zwei Drittel der Bevölkerung in relativ sicheren Arbeitsverhältnissen stehen und uneingeschränkt am sozialen und politischen Leben teilhaben können, während etwa ein Drittel, z. B. aufgrund von andauernder Arbeitslosigkeit, von der Teilhabe an Wohlstand und gesellschaftlichem Leben ausgeschlossen ist.  Begleitet wurde diese wirtschaftliche Entwicklung durch einen grundsätzlichen **Strukturwandel**. Während die Landwirtschaft bereits in den 50er- und 60er-Jahren an Bedeutung verloren hatte, war ab etwa 1970 die Industrie besonders stark betroffen. Ein Trend zur Deindustrialisierung zeichnete sich ab, der zum einen durch die Abwanderung von Teilen der Produktion in außereuropäische Länder verursacht wurde und zum anderen in der zunehmenden **Digitalisierung** begründet war. Verlierer dieses Prozesses waren die Industriearbeiter – der „Abschied vom Malocher“ war im vollen Gange.  Neue wirtschaftliche Modelle gewannen an Einfluss, die alle eine stark angebotsorientierte Wirtschaftspolitik verfolgten, die vor allem die Investitionsbedingungen für Unternehmen verbessern und die Rolle des Staates zurückdrängen wollten. Sie beruhten auf den Vorstellungen der Wirtschaftswissenschaftler Friedrich von Hayek und Milton Friedman und werden auch als **Neoliberalismus** bezeichnet. Diese Wirtschaftspolitik führte zu weitreichenden Deregulierungen der Wirtschaft und Privatisierungen von Staatsbetrieben wie der Eisenbahn oder der Telekommunikation. Solche Maßnahmen wurden in den 1980er-Jahren z. B. in Großbritannien unter Premierministerin Margaret Thatcher („Thatcherismus“) und in den USA unter Präsident Ronald Reagan („Reaganomics“) ergriffen. In vielen europäische Staaten setzte sich der Neoliberalismus in der Wirtschaftspolitik durch, beispielsweise auch in der Bundesrepublik unter den Kanzlern Kohl und Schröder, jedoch blieben überall auch sozialstaatliche Errungenschaften erhalten. |
| **Die Beschleunigung der Globalisierung seit den 1970er-Jahren** | Die Ölpreiskrisen von 1973 und 1979 können als Indikatoren einer beschleunigten Globalisierung ab den 1970er-Jahren gedeutet werden. Einerseits beeinträchtigte die Verteuerung des Öls empfindlich die zunehmende allgemeine internationale Mobilität, andererseits offenbarte sich die Abhängigkeit der Weltwirtschaft vom Rohstoff Erdöl in massiver Weise. Aber auch regional zeigten sich hier die Verflechtungen zwischen dem Nahen Osten als damalige Kernzone der Erdöl-Förderung, dem Westen als Hauptabnehmer und weiteren Akteuren wie der Sowjetunion, die z. B. auch mit vergrößerten Erdgas-Lieferungen trotz der bestehenden Block-Konfrontation des Kalten Krieges den Energiehunger der westlichen Welt teilweise stillten. Das Ende des Kalten Krieges und die zunehmende Digitalisierung, Freihandelsabkommen und internationale Konzernverflechtungen verstärkten diesen Trend in den folgenden Jahren und Jahrzehnten. 1950 belief sich die Weltbevölkerung auf ca. 2,5 Milliarden Menschen, 1975 waren es schon 4 Milliarden, um bis zum Jahr 2000 auf über 6 Milliarden anzuwachsen (2021: 7,9 Milliarden). Dieses Weltbevölkerungswachstum resultierte einerseits aus den deutlich verbesserten Lebensbedingungen und der Verringerung der Armut in vielen Regionen der Welt, andererseits verstärkt es im Zeichen von Massengesellschaften und Massenkonsum den Trend zur weltweiten Verflechtung der Wirtschaft und Ausdehnung der Produktion. Trotzdem bleiben auf der einen Seite Hunger und Armut ein großes Problem, auf der anderen Seite zeigt sich trotz starker wirtschaftlicher Dynamik im Zuge der Globalisierung doch immer wieder auch in krisenhaften Situationen die Verletzlichkeit der miteinander verflochtenen Wirtschaftsräume und Gesellschaften, so etwa in der Finanzkrise von 2007/2008 oder in der SARS-CoV-2-Pandemie der Jahre 2020/21, die zur größten weltweiten Wirtschaftskrise nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges führte. Auch zur globalen Erderwärmung und zur dadurch hervorgerufenen Klimakrise hat die Globalisierung beigetragen, selbst wenn sie nur indirekt dafür verantwortlich ist. |
| **Der Zusammenbruch des Ostblocks**  Strukturwandel  Innovationsdefizit  Staatsverschuldung  Rüstungswettlauf  Versorgungskrise  Umweltverschmutzung  Legitimitätskrise  Entspannungspolitik  Perestroika  Glasnost  Sinatra-Doktrin  Solidarnosc  Bürgerbewegung  Ausreisebewegung  „Friedliche Revolution“  „Samtene Revolution“ | Mit dem Amtsantritt des 54-jährigen Michail Gorbatschow am 11. März 1985 endete die Phase politischer Stagnation in der Sowjetunion. Zugleich wurde das **Innovationsdefizit** der zurückliegenden Jahrzehnte offenbar. Angesichts einer enormen wachsenden **Staatsverschuldung** versuchte Gorbatschow eine Reform der Sowjetunion unter den Schlagworten „**Perestroika**“ (Umbau des Sozialismus) und „**Glasnost**“ (Transparenz, Öffentlichkeit). Die gewährten politischen Freiheiten führten rasch zu grundsätzlicher Kritik am sozialistischen Einparteiensystem und der Planwirtschaft sowie der Verschleierung der Wirtschafts- und Umweltprobleme. Die wirtschaftlichen Freiheiten führten zwar zu einer Lohnsteigerung, da aber diese nicht mit einer entsprechenden Produktionssteigerung verbunden war, erfolgte rasch eine Verteuerung sowie eine Verschlechterung des Warenangebots. Auch der Versuch, den Wodkakonsum einzuschränken, stieß auf Unmut. Das Reaktorunglück am 26. April 1986 in Tschernobyl wurde Symbol für die dramatische Situation in der Sowjetunion. Nach anfänglichen Vertuschungsversuchen obsiegte zwar „Glasnost“, wodurch aber zugleich auch die Überforderung, gepaart mit Gleichgültigkeit, der Behörden und der menschenunwürdige Umgang mit den Opfern der Katastrophe deutlich wurde.  Auch außenpolitisch fuhr Gorbatschow einen anderen Kurs als seine Vorgänger, in dem er die **Entspannungspolitik** vorantrieb. Eine seiner dringlichsten Aufgaben sah Gorbatschow im Beendigen des **Rüstungswettlaufs**, der seit dem Ende der 1970er Jahre und der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa und dem weiteren Aufrüsten unter dem US-Präsidenten Ronald Reagan nochmals enorm intensiviert worden war. Vor allem das immens teure US-Rüstungsprogramm SDI (= Strategic Defense Initiative), das die Errichtung eines Gürtels moderner, land-, see-, luft- und weltraumgestützter Raketensysteme vorsah, die sowjetische Interkontinentalraketen abfangen sollten und das die über die Jahre angehäuften und modernisierten Nuklearwaffen auf einen Schlag nutzlos gemacht hätte, stellte die Sowjetunion vor finanziell und wirtschaftlich unlösbare Probleme. Im November 1985 traf Gorbatschow sich erstmals mit dem US-Präsident Ronald Reagan, 1986 begannen in Reykjavik Abrüstungsgespräche, die im Dezember 1987 im sogenannten INF-Vertrag (= Intermediate Nuclear Forces ) mit der Abrüstung aller Mittelstreckenraketen aus Europa ihren Höhepunkt erreichten. Auch die Mitglieder der Warschauer-Pakt-Staaten wurden von Gorbatschow aufgefordert, eigene Reformen im Geist von Perestrojka und Glasnost einzuleiten (**„Sinatra-Doktrin“**), wodurch de facto die Breschnew-Doktrin außer Kraft gesetzt wurde. Am 25. Oktober 1989 verkündete er bei einem Staatsbesuch in Helsinki die sogenannte Sinatra-Doktrin, die den Staaten des Warschauer Pakts erlaubte, ihre inneren Angelegenheiten souverän und in Eigenregie zu regeln. Als es im Sommer 1989 in Polen zu freien Wahlen kam und in Ungarn die Grenze zum Westen geöffnet wurde schritt die Führung der Sowjetunion daher genauso wenig ein wie am 9.11.1989 bei der Öffnung der „Berliner Mauer“ oder im November 1989 bei der "samtene Revolution" in der Tschechoslowakei. Der Deutschen Einheit stimmte Gorbatschow zusammen mit den West-Alliierten im sog. „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ im September 1990 zu und ermöglichte damit am 3.10.1990 die deutsche Einheit. 1991 löste sich auch der Warschauer Pakt auf. Zur Zerreisprobe der multiethnischen Sowjetunion wurden ab 1988 die Autonomiebestrebungen im Baltikum. Neben den Forderungen nach mehr Autonomie und dem Ende des Zuzuges von Russen wurde vor allem die gewaltsame Eingliederung in die Sowjetunion 1940 angeprangert. Im Frühjahr 1990 erklärten die drei baltischen Republiken ihren Austritt aus der Sowjetunion, der, der weitere ehemalige Sowjetrepubliken folgten, darunter im Juni 1990 auch die größte, nämlich Russland unter dem neu gewählten Präsidenten Boris Jelzin. Der Versuch, mithilfe sowjetischer Truppen die abtrünnigen Republiken gewaltsam wieder in die Sowjetunion einzugliedern, scheiterte im Januar 1991 am Widerstand der Bevölkerung., wobei es jedoch zu zahlreichen Toten kam. Ein gescheiteter Putsch gegen Gorbatschow im August 1991 führte zum endgültigen Misstrauen in die Stabilität der Sowjetunion und zu ihrem Ende – am 21.12.1991 unterzeichneten elf Sowjetrepubliken das Gründungsdokument der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Als Präsident ohne Land trat Gorbatschow darauf am 25.12.1991 zurück.  Die erste Massenorganisation, die durch ihren Willen zu Reformen die kommunistischen Herrschaftssysteme in Europa zusammenbrechen ließ, entstand in Polen 1980 mit der Gründung der unabhängige Gewerkschaft **Solidarność** (dt.: Solidarität). Gegen Ende der 1970er-Jahre war Polen betroffen von einer Wirtschaftskrise, die Lebensbedingungen verschlechterten sich dramatisch. Zugleich führte 1978 die Wahl des Polen Karol Woyjtyla zum Papst Johannes Paul II. zu einer nationalen Erneuerungsbewegung. Als die Regierung im Sommer drastische Preissteigerungen für Lebensmittel ankündigt, kam es zu ersten Arbeitsniederlegungen. Die Entlassung der Kranführerin Anna Walentynowicz aus der Lenin-Werft in Danzig am 14. August 1980, die sich für die Rechte von Arbeitern eingesetzt hatte, führte zur Massenprotesten. Die Danziger Lenin-Werft wurde am 15. August 1980 besetzt und in den folgenden Streiks wurde am 17. September 1980 die unabhängige Gewerkschaft **Solidarność** (dt.: Solidarität) gegründet. Erstmals wurde dadurch in einem sozialistischen Land eine unabhängige Gewerkschaft zugelassen. In den folgenden Jahren traten fast 10 Millionen Polen der unabhängigen Gewerkschaft bei. Moskau unter Führung Leonid Breschnews verlangte die Auflösung der **Solidarność.** Die Lage blieb angespannt, auch wegen des Mordanschlags auf den polnischen Papst Johannes Paul II. in Rom am 13. Mai 1981, dessen Hintergründe zwar nicht restlos geklärt werden konnten, für das aber der Ostblock verantwortlich gemacht wurde. Am 13. Dezember 1981 verhängte General Wojciech Jaruzelski das Kriegsrecht, die **Solidarność** wurde verboten und ihre Anführer zeitweilig inhaftiert. Der Einsatz der polnischen Armee erschien Jaruzelski die letzte Möglichkeit zu sein, die Herrschaft der Kommunisten zu sichern und einen Einmarsch der Sowjetunion zu verhindern. Die von Jaruzelski eingeleiteten Wirtschaftsreformen brachten aber nicht den gewünschten Erfolg. Nach Aufhebung des Kriegsrechts im Juli 1983 kam immer wieder zu erneuten Massenprotesten, deren Höhepunkt in einer zweiten Streikwelle im August 1988 lag. In der Warschauer Führung machte sich die Einsicht breit, dass es ohne die Gewährung politischer Entscheidungsfreiheit für die Bevölkerung keinen Ausweg aus der Dauerkrise gebe. Die Idee des "Runden Tisches" wurde geboren. Damit war eine Institutionalisierung des evolutionären Systemwechsels vom realen Sozialismus zur pluralistischen Demokratie gefunden, die eine Vorbildfunktion für vergleichbare politische Prozesse in den Ländern Mittel- und Südosteuropas, die DDR eingeschlossen, übernehmen sollte. Gespräche zwischen der Regierung und der Gewerkschaft am 6. Februar 1989 führten zu freien Wahlen im Sommer und der Wiederzulassung der Gewerkschaft **Solidarność**. In der Parlamentswahl im Sommer erhielt die als eigen Partei angetretene **Solidarność** eine überwältigende Mehrheit. Der **Solidarność**-Berater Tadeusz Mazowiecki wurde am 24. August 1989 zum ersten nichtkommunistischen Regierungschef in Polen seit 42 Jahren ernannt. Lech Wałęsa wurde am 7. Dezember 1990 für fünf Jahre zum Präsidenten Polens gewählt.  Angesichts der massiven politischen Überwachung und Repression konnten sich in der DDR bis in die 1970er-Jahre zunächst keine größeren regimekritischen Bewegungen etablieren. Dennoch entstanden kleine, lokale und informelle Zirkel, die für Frieden, Menschenrechten und Ökologie sich einsetzten. .Die Ausbürgerung Wolf Biermanns im November 1976 sowie der trotz staatlichen Drohungen öffentliche Protest zahlreicher Kulturschaffender in der DDR und das Ende 1977 im Spiegel veröffentlichte „Manifest“ eines „Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands“ (BDKD) in der DDR, einer bis dahin unbekannten Gruppe von oppositionellen SED-Mitgliedern, gelten als Initialzündung einer sich nun rasch erweiternden Dissidentenbewegung, die unter dem Begriff „**Bürgerbewegung**“ summiert wurden. Ihr gemeinsames Grundanliegen war – ähnlich wie zuvor schon in der CSSR („Charta 77“) und in Polen („Solidarność“) -, die SED zur Einhaltung von Menschenrechten aufzufordern, wie sie in den von Honecker unterschrieben Schlussprotokoll der KSZE von Helsinki zugesichert worden waren. Vor allem im Schatten der evangelischen Kirche, die infrastrukturelle Hilfen (z. B. Versammlungsräume und interne Veröffentlichungsmöglichkeiten) und einen allerdings nur begrenzten Schutz gegenüber staatlichen Zugriffen bot, bildeten sich Anfang der achtziger Jahre Friedensgruppen, die unter dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ zum Beispiel die Militarisierung der ostdeutschen Erziehung kritisierten und die Zulassung eines Wehrersatzdienstes einforderte. Zu den Friedenskreisen gesellten sich Umweltaktivisten, die auf die ökologischen Probleme in der DDR aufmerksam machten. Trotz massiver Sanktionen weiteten sich die Forderungen der Bürgerrechtsbewegungen aus auf die Einführung demokratischer Grundrechte und entwickelten sich zu einer globalen Kritik an der SED-Führung („**Legitimitätskrise**“). Zudem war die Wirtschaft in der DDR nicht in der Lage, den sich abzeichnenden **Strukturwandel** zu vollziehen und stand Anfang der 1980er Jahre vor dem Zusammenbruch. Die Ziele des Fünfjahrplans 1981 bis 1985 wurden stillschweigend korrigiert, da sie nicht erfüllt werden konnten. Die steigenden Rohstoffkosten auf dem Weltmarkt führten zu einer rasch wachsenden **Staatsverschuldung**, die durch Massenexporte von Konsumgütern – u.a. unter neuen Markennamen in die Kaufhäuser Westdeutschlands – ausgeglichen wurde, was wiederum zur Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen in der DDR führte, wo diese Waren für den Konsum fehlten (**„Versorgungskrise“**).Ein drohender Staatsbankrott wurde 1983 durch einen Milliardenkredit bundesdeutscher Banken verhindert, der u.a. von dem damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß eingefädelt wurde. Neben der **Versorgungskrise** nahm die **Umweltverschmutzung** gesundheitsbedrohliche Ausmaße an und rief die Bildung zahlreicher regionaler Protestbewegung hervor. Zugleich wuchsen die generelle Verbitterung und Enttäuschung in großen Teilen der Bevölkerung über das politische System und seiner Repräsentanten („**Legitimitätskrise**“). Dazu gesellte sich bald der Ruf nach einer uneingeschränkten Reisefreiheit. Die Zahl der Ausreisewilligen wuchs von Jahr zu Jahr an (**„Ausreisebewegung“**), obwohl das Stellen eines Ausreiseantrags mit Arbeitsplatzverlust und anderen Repressalien verbunden sein konnte. Unterstützung in ihrer Forderung nach Reformen empfanden die Bürgerrechtler durch die zeitgleich stattfindenden Reformbemühungen in der Sowjetunion unter Gorbatschow. Da die SED-Regierung keinerlei Reformbereitschaft signalisierte, wuchs die Bereitschaft zur Ausreise – sei es in Form eines offiziell per Ausreiseantrag oder illegal als riskante Flucht. Das SED-Regime gab vielen Anträgen nach und erlaubte 1984 mehr als 30.000 DDR-Bürgern die Übersiedlung in den Westen. Die mit diesen erteilten Genehmigungen verbundene Hoffnung der SED-Führung auf eine Art „Ventilfunktion“ erfüllte sich jedoch nicht, die Zahl der Ausreisewilligen wuchs stetig an.  Die Regimekritiker verloren trotz nach wie vor massiver Überwachung durch die Stasi zunehmend die Angst vor dem Regime. Das zeigte sich erstmals massiv bei öffentlichen Protesten gegen die Manipulationen der Kommunalwahlen im Frühjahr 1989, die offen als Wahlbetrug angeprangert wurden. Als im Mai 1989 Ungarn überraschend mit dem Abbau der Grenzbefestigungen zu Österreich begann, wuchs der Strom von Fluchtwilligen aus der DDR über Ungarn in die Bundesrepublik an. Tausende Ausreisewillige versuchten durch Zuflucht in die Botschaft der Bundesrepublik in Prag ihre Ausreise zu erzwingen. Um Entlastung zu schaffen, ließ Honecker die „Botschaftsflüchtlinge“ am 30. September mit Sonderzügen über das Territorium der DDR in die Bundesrepublik bringen. Zeitgleich versuchten Ausreisewillige im Rahmen der montäglichen Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche durch gemeinsames Auftreten ihrer Forderung „Wir wollen raus“ öffentlich Nachdruck zu verleihen. Gegen die gewaltlosen Proteste schritt die DDR-Führung mit Brutalität und Verhaftungen entgegen. Statt Abschreckung wurde jedoch eine Solidarisierung mit den Verhafteten erreicht und die Teilnehmerzahlen an den öffentlichen Montagsdemonstrationen, die im Anschluss an die Friedensgebete in der Nikolaikirche seit dem 4. September 1989 stattfanden, wuchs wöchentlich von anfangs etwa Tausend bis zu Hunderttausend im November an. Der entscheidende Durchbruch zum Zusammenbruch der DDR erfolgte durch die Montagsdemonstration am 9. Oktober in Leipzig, als trotz eines drohenden „Schießbefehls“ 70.000 Demonstranten gewaltfrei unter den Rufen „Wir sind das Volk“ und ohne Eingreifen der Sicherheitskräfte demonstrierten. In den nächsten Wochen überschlugen sich die Ereignisse. Honecker wurde am 16. Oktober zum Rücktritt gezwungen. Die bisher nur informellen Oppositionsgruppen organisierten sich jetzt als politische Plattformen unter Namen wie „Neues Forum“ oder „Demokratie jetzt“. Bald gründeten sich auch neue politische Parteien wie die „Sozialdemokratische Partei“ (SDP, ab Januar 1990 SPD) oder der „Demokratische Aufbruch“ (DA), die zu Diskussion über politische Reformen innerhalb der DDR aufriefen und freie Wahlen forderten. Die Öffnung der Berliner Mauer am 9. November 1989 symbolisierte die nicht mehr zu kontrollierende Dynamik der Veränderungen und erhöhte durch die Möglichkeit der legalen Ausreise den Druck auf die Reformnotwendigkeit in der DDR. Durch sogenannte „Runden Tischen“ wurden neben der noch regierenden SED, die sich im Dezember 1989 in „Partei des Demokratischen Sozialismus" (PDS) umbenannte, auch die Bürgerbewegungen in die politische Verantwortung miteingebunden. Die Bürgerbewegungen versuchten vergeblich ihre Vorstellungen von der Reformierbarkeit der DDR durch Gewährung von Bürgerrechten Wirtschaftsreformen und durch Maßnahmen des Umweltschutzes in Form eines „demokratischen Sozialismus“ umzusetzen. Die Idee einer Reform der DDR-Verfassung fand wenig Resonanz, weil sie die Möglichkeit einer schnellen Wiedervereinigung zunichte gemacht hätte. Der Wunsch nach einer schnellen Einheit aber war zentral, wie das Ergebnis zu den ersten freien Volkskammerwahlen in der Geschichte der DDR am 18. März 1990 zeigte, aus der das Bündnis „Allianz für Deutschland“, bestehend aus „Demokratischem Aufbruch“, der CDU-Ost und der "Deutschen Sozialen Union", mit 48% als Sieger hervorging. Dieses von der West-CDU und Bundeskanzler Helmut Kohl unterstützte Bündnis hatte im Wahlkampf eine schnelle Wiedervereinigung in Aussicht gestellt. Spätestens mit diesen ersten freien Wahlen und der ersten demokratisch gewählten Regierung in der DDR war der Systemumbruch endgültig vollzogen und die „**Friedliche Revolution**“ beendet. Der Wahlausgang beschleunigte entscheidend den nun folgenden Wiedervereinigungsprozess. Im Mai 1990 unterzeichneten die Finanzminister der beiden deutschen Staaten einen Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, der am 1. Juli 1990 in Kraft trat und der vereinbarte, dass die DDR das wirtschafts- und sozialpolitische System der Bundesrepublik übernimmt und die D-Mark als alleiniges Zahlungsmittel eingeführt wird. Löhne, Gehälter, Renten und Mieten werden im Verhältnis 1:1 umgestellt, höhere Sparbeträge im Verhältnis 2:1. In dem folgenden Einigungsvertrag vom 31.8.1990, der am 3.10.1990 in Kraft trat, wurde der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes anstatt einer staatliche Vereinigung nach Artikel 146 GG beschlossen, um die zeitraubende Ausarbeitung einer neuen Verfassung zu umgehen.  Auch außenpolitisch wurden erste vorsichtige Versuche zur Herstellung der Deutschen Einheit unternommen. Bereits am 28. November verkündete Bundeskanzler Helmut Kohl ein Zehnpunkteprogramm, das als Ziel die staatliche Einheit in konföderativen Strukturen nannte. Eine endgültige Lösung der deutschen Frage aber war von der Zustimmung der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs abhängig. Auch wenn Großbritannien und Frankreich anfangs Bedenken gegen eine Einigung Deutschlands äußerten, weil sie eine künftige Dominanz Deutschlands in Europa befürchteten und daher die Einbindung des vereinigten Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft und auch in die NATO forderten, war besonders die Haltung der Sowjetunion unklar. Im Februar gab die Sowjetunion bereits ihre grundsätzliche Zustimmung. Letzte Bedenken wie die Frage der NATO-Zugehörigkeit des vereinten Deutschlands wurden durch eine persönliche Begegnung Gorbatschows mit Helmut Kohl im Juli 1990 im Kaukasus ausgeräumt. Im Gegenzug sicherte die Bundesrepublik dem ökonomisch schwer angeschlagenen Riesenreich Wirtschaftshilfe in erheblicher Größenordnung zu. Im September 1990 wurden in den sogenannten Zwei-plus-Vier-Verhandlungen zwischen den Westalliierten, der Sowjetunion und den Regierungschefs der DDR und der Bundesrepublik die konkreten Modalitäten der deutschen Einheit vereinbart, die offiziell am 3. Oktober 1990 vollzogen wurde.  Anlässlich des 20. Jahrestags der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ kam es am 21. August 1988 in Prag zur ersten antistaatlichen Massendemonstration seit 1969. In den darauffolgenden Monaten folgten weitere Demonstrationen sowohl in Bratislava als auch in Prag, gegen die die Polizei mit Brutalität und Härte vorging und zahlreiche Oppositionelle verhaftete, darunter auch den Schriftsteller Václav Havel, einen der Initiatoren der regimekritischen Bürgerrechtsbewegung "Charta 77". Die Reformen in den anderen Ostblocksaaten, allen voran Polen und Ungarn, schienen zunächst an der CSSR vorbei zu gehen. Erst am 16. November 1989 kam es erneut in Bratislava zu massiven Protesten für Freiheit, Menschenrechte und Demokratie. Als es bei einer weiteren Demonstration am 17. November in Prag anlässlich einer Gedenkveranstaltung für den 1939 ermordeten tschechischen Widerstandskämpfer Jan Opletal zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, wurden über 600 Menschen verletzt. Der Gewaltexzess führte zu einer Solidarisierungsbewegung innerhalb der Bevölkerung, weswegen der 17. November heute als Auftakt des folgenden gewaltfreien und daher als "**Samtenen Revolution**" bezeichneten Umbruchs in der Tschechoslowakei gilt. Die Forderung nach einem Generalstreik am 27. November und die Gründung der Demokratiebewegung "Bürgerforum" - in Anlehnung an das kurz zuvor in der DDR gegründete "Neue Forum“ - führten dazu, dass erstmals das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der CSSR Dialogbereitschaft signalisierte und sein Generalsekretär Milouš Jakeš zurücktreten musste. Dennoch kam es am 27. November 1989 zu einem Generalstreik: für zwei Stunden legten Schätzungen nach etwa 80% der Bevölkerung in der gesamten Tschechoslowakei die Arbeit nieder unter dem Motto "Schluss mit der Einparteienherrschaft" nieder und forderten demokratische Neuwahlen. Zum Symbol des Protestes wurde das Rasseln mit Schlüsselbünden, das symbolisch das Ende der kommunistischen Herrschaft einläuten sollte. Am 28. November gab die Staatsführung bekannt, dass die Opposition unter Leitung Václav Havels künftig an der Regierung beteiligt werde. Auch die Grenzbefestigungen zu Österreich und zur Bundesrepublik wurden im Dezember sukzessive abgebaut. Am 29. Dezember 1989 wurde Václav Havel zum Staatspräsidenten gewählt und der politische Umbruch war auch in der Tschechoslowakei erfolgreich beendet. |

**Literatur:**

Bauerkämper, Arnd (Hrsg.): Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich. Frankfurt/Main, New York 2003.

Bösch, Frank: Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann, München 2019.

Bösch, Frank (Hrsg.): Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970-2000, Göttingen 2015.

Boldorf, Marcel: Deutsche Wirtschaft und Politik. Vom Kaiserreich bis ins 21. Jahrhundert, Darmstadt 2018.

Brunner, Detlev/ Grashoff, Udo/ Kötzing, Andreas (Hrsg.): Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, Berlin 2013.

Doering-Manteuffel, Anselm/ Raphael, Lutz: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 32012.

Doering-Manteuffel, Anselm/ Raphael, Lutz/ Schlemmer, Thomas (Hrsg.): Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom, Göttingen 2016.

Gassert, Philipp: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018.

Gilcher-Holtey, Ingrid: Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA. München 2001.

Grießinger, Andreas: Mehr Demokratie? Zivilgesellschaftliche Bewegungen in Deutschland und Europa von 1945–1990, in: Deutschland & Europa 65, 2013, S. 34-45.

Herbert, Ulrich: Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.

Hildermeier, Manfred/Kocka, Jürgen/Conrad, Christoph (Hrsg.): Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Frankfurt/Main, New York 2000.

Hoffmann, Dierk: 1973 Ölpreisschock und Utopieverlust. Getrennte Krisenwahrnehmung und -bewältigung. In: Wengst, Udo/ Wentker, Hermann (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Bonn 2008, S. 213 – 234.

Jarausch, Konrad H.: Aufbruch der Zivilgesellschaft - Zur Einordnung der friedlichen Revolution von 1989, in: Totalitarismus und Demokratie 3, 2006, S. 25–46.

Jarausch, Konrad H.: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995, München 2004.

Kälble, Helmut: Kalter Krieg und Wohlfahrtsstaat. Europa 1945-1989, München 2011.

Kershaw, Ian: Achterbahn. Europa 1950 bis heute, München 2019.

Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970. Göttingen 1998.

Preuße, Detlev: Umbruch von unten. Die Selbstbefreiung Mittel- und Osteuropas und das Ende der Sowjetunion, Wiesbaden 2014.

Plumpe, Werner/ Steiner, André (Hrsg.): Der Mythos von der postindustriellen Welt. Wirtschaftlicher Strukturwandel 1960 bis 1990, Göttingen 2016.

Plumpe, Werner: Das kalte Herz. Kapitalismus: die Geschichte einer andauernden Revolution, Berlin 2019.

Raphael, Lutz: Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2019.

Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945, Frankfurt 2010.

Schramm, Manuel: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Westeuropas seit 1945, Wien u.a. 2018.

Segert, Dieter: Transformationen in Osteuropa im 20. Jahrhundert, Wien 2013.

Siegfried, Detlev/ Schildt, Axel / Lammers, Karl C. (Hrsg.): Dynamische Zeiten. Die sechziger Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.

Steiner, André (Hrsg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote zur deutschen Geschichte? Berlin 2006.

Steiner, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Berlin 2007.

Ther, Philipp: Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europas, Berlin 2014.

Weber, Petra: Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte1945-1989/90, Berlin 2020.

Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, München 2007.